Kriminalität

Blinder Fleck

Ein deutscher Professor hat einen Verein gegen mafiose Praktiken in der Wirtschaft gegründet.

Auf der Suche nach wissenschaftlicher Literatur zum Thema Wirtschaftskriminalität kam Hans See, 56, Professor für Politologie an der Fachhochschule Frankfurt, nur mühsam voran. See stieß auf einen „blinden Fleck in der Wissenschaft".

Zwar registrierte der Hochschullehrer und Buchautor* eine „Springflut von Büchern über politische und Wirtschaftsverbrechen". An „systematischen Untersuchungen" jedoch, so das Resümee seiner Quellenforschung, „gibt es fast nichts".



Vereinsgründer See, Schenk
„Menschenrechtsverletzungen durch die Wirtschaft"

Ob Flick-Skandal, die Affäre um das Gewerkschaftsunternehmen Neue Heimat oder Waffenschiebergeschäfte – laut See wird das Problem „von den wissenschaftlichen Experten systematisch unterschlagen". Selbst in Standardwerken über den Parlamentarismus, über Regierungs- und Parteiensysteme fand er „kaum ein Wort" über die „Außensteuerung und Fernlenkung" von Parteien etwa durch Spenden von Großunternehmen und finanzstarken Wirtschaftsverbänden.

Die meisten Autoren, die sich mit Skandalen und Verbrechen befassen, bemängelt See, wüßten zwar um deren „übergreifende Verflechtungen", wichen dem Thema aber aus. See: „Offensichtlich bremsen Tabus den Forschungseifer."

Ein wesentlich besseres Zeugnis als den Wissenschaftlern stellt See den Journalisten aus. Die Medien seien die „einzige relevante Instanz", die sich immer wieder kritisch mit dem Thema befasse. Allerdings, schränkt er sein Lob ein, „fehlt es auch da oft an der Analyse struktureller Zusammenhänge".

Das soll sich ändern. Auf Initiative von See wurde jetzt ein Verein gegründet, der sich des Problems systematisch annehmen will: Business Crime Control (BCC). Die neue Organisation plant den Aufbau eines Dokumentations- und Informationszentrums „zur Aufklärung von Wirtschaftsverbrechen und deren sozialen Folgen".

Ähnlich wie Amnesty International über Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Institutionen aufklärt und sich für deren Opfer einsetzt, will BCC „Menschenrechtsverletzungen durch die Wirtschaft analysieren und bekanntmachen". Als Gründungsort wählte See mit Bedacht Hanau aus. Dort müssen sich derzeit Angestellte der ehemaligen Speditionsfirma Transnuklear wegen betrügerischer Geschäfte mit Atommüll vor Gericht verantworten (SPIEGEL 6/1991).

Zunächst will BCC möglichst in allen Großstädten der Bundesrepublik Sektionen gründen. Fernziel ist ein weltweites Netz von Dokumentationsstellen. Entwickelt werden sollen Vorschläge für „präventive Maßnahmen gegen die rapide Ausbreitung einer mafiosen Ethik und Wirtschaftspraxis, die weltweite katastrophale soziale, wirtschaftliche, ökologische und politische Folgen hat".

Auf mehr als 100 Milliarden Mark schätzen Fachleute den Schaden, den Wirtschaftskriminelle allein in der Bundesrepublik alljährlich anrichten. Zu den häufigsten Formen zählen Steuerhinterziehung, heimliche Preisabsprachen, Anlage- und Subventionsbetrug, umweltgefährdende Giftmüllbeseitigung und die illegale Beschäftigung von Leiharbeitern.

Krankenkassenbetrug von Ärzten und die Luxussanierung von Altbauten sind für See zwei typische Beispiele für „Gewinnstreben mit fatalen Folgen für

* Hans See: „Kapital – Verbrechen. Die Verwirtschaftung der Moral". Verlag Claassen, Düsseldorf; 367 Seiten; 39,80 Mark.

Probesitzen auf

Motion. Das neue

Sitzen erleben.

Hinter Motion verbirgt sich eine Entwicklung, die Millionen gekostet hat. Und hinter Motion steht die DLW-Möbelgruppe. Motion ist als Basisversion bereits für weit unter 1000 DM erhältlich. Wer heute schon wie im Jahre 2000 sitzen will, fordert einen Händlernachweis an. Dann können Sie auf Motion unverbindlich probesitzen – bei Ihrem Motion-Händler oder direkt im Büro.

RÖDER GmbH
Röntgenstraße 10 – 16
D-6000 Frankfurt/Main 60
Telefon 06109 / 304-0
Telefax 06109 / 304-130

RÖDERSITZEN®

COUPON

Firma

Name

Straße

PLZ, Wohnort

sozial Schwache". Folgen derartiger Praktiken sind steigende Kassenbeiträge und horrende Mieten.

Würde das im Grundgesetz verankerte Prinzip der sozialen Verpflichtung des Eigentums ernst genommen, wäre es, so Sees Hypothese, „in den meisten Fällen von Wirtschaftskriminalität leicht, den Tätern ein verfassungswidriges oder zumindest verfassungsfeindliches Verhalten nachzuweisen".

Unterstützt wird der Frankfurter Politologe von Experten aus dem In- und Ausland. Zu den BCC-Förderern gehören Brigitte Erler, ehemalige Leiterin von Amnesty International Deutschland, und Dieter Schenk, Ex-Kriminaldirektor beim Bundeskriminalamt, bekannt geworden als Autor des Tatsachenromans „BKA – Die Reise nach Beirut" (SPIEGEL 40/1990).

BCC-Mitstreiter sind auch der Grünen-Politiker und Kriminalhauptkommissar Manfred Such und der Schweizer Parlamentarier Jean Ziegler, Autor des Bestsellers „Die Schweiz wäscht weiß".

Finanzielle Förderer hat die neue Organisation schon gefunden. Der Betriebsrat der deutschen Tochter des Elektronikkonzerns Honeywell in Offenbach bedachte BCC mit einer Spende von 10 000 Mark. Das Geld stammt aus Einkünften, die der Betriebsratsvorsitzende Rolf Knecht als Mitglied des Honeywell-Aufsichtsrates erhält.

Gemeinden

Alte Brüder

Ein Dorfbürgermeister in Thüringen hat vorgemacht, wie leicht Steuer-Millionen für den Osten zu kriegen sind – und wie man sie vergeuden kann.

Die Straßen nach Straußberg sind gepflastert. Schon bei Nieselregen wird der holprige Untergrund glatt wie Eis, Halt bieten nur die tellergroßen Schlaglöcher. Um eine morastige Wiese bröckeln eine Handvoll Häuser. Ein winziges Schild weist die halbverfallene „Burggaststätte" auch als Sitz der Gemeindeverwaltung aus.

Trübe Aussicht für die 88-Seelen-Gemeinde im westthüringischen Landkreis Sondershausen. Doch in dem neuen Fertigschuppen, gleich neben der stinkenden Latrine von Rat und Kneipe, hält sich hartnäckig der Traum von Kanzler Kohls blühenden Landschaften.

Das Bretterhäuschen, zwei Schreibtische groß, dient Bürgermeister Thomas Kutscha, 35, als Amtssitz, seit ihm in der Gaststätte mit Gemeindebetrieb der Mörtel auf die Ratsvorlagen rieselte.



Tourismus-Projekt in Straußberg: West-Millionen für bunte Träume

Zwischen Ordnern und Papierbergen lagern dort große Pläne, die, aufgerissen von westdeutschen Beratungsbüros, Straußberg mehrfarbig eine glänzende Zukunft als Touristenzentrum zwischen Harz und Thüringer Wald vorgaukeln.

Von seinen hochfliegenden Plänen, die dem Nest hinter den vielen Hügeln



Tourismus-Planer Kutscha
Ungedeckter Scheck vom Partner

der Hainleite schon eine Millionenverschuldung bescherten, läßt sich Kutscha weder vom Landrat noch vom thüringischen Innenministerium oder von den drohenden Ermittlungen des Staatsanwalts abbringen.

Kutscha vertraut ganz auf den Bonner Staatssekretär Horst Waffenschmidt vom Innenministerium. Der verkündet landauf, landab in Landrätekonferenzen, die Kommunen im Osten sollten endlich die Hunderte von Millionen abrufen, die für den Aufschwung der Ex-DDR auf Bonner Konten schmoren.

Ermuntert durch die großen Töne der Polit-Touristen aus dem Westen, greifen deren Ost-Kollegen immer ungenierter zu. Da versickern Millionen in unsinnigen Projekten oder landen auch schon mal, am Rande der Legalität, auf Auslandskonten. So legte der Kämmerer der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt, weil er gerade keine Verwendung dafür hatte, 60 Millionen Mark in London an – möglicher Kursverlust inbegriffen.

Der Bürgermeister von Straußberg hat den Umgang mit großen Summen schon vor der Vereinigung geübt. Anfang 1990 bekam Kutscha, ehemals Genosse und seit 1988 Bürgermeister der zweitkleinsten Gemeinde Thüringens, von der Regierung Modrow 600 000 Ost-Mark aus einem Projektfonds, um damit Häuser und Straßen in seinem Örtchen zu sanieren.

Den größten Teil des Geldes verschob Kutscha, wie eine Prüfung durch den zuständigen Landrat in Sondershausen ergab, an einen Baumarkt in Obergebra. Chef der Firma: ein zwielichtiger Wessi namens Frank Hildebrandt.

Der Baumarkt stellte zwar Rechnungen über geliefertes Material aus, doch davon fand sich bei der Revision in Straußberg kaum etwas. Kutschas Begründung für den Schmu: Er habe die Mittel aus Ost-Berlin nicht verkommen lassen wollen. Das Geld wurde auf das Privatkonto eines damaligen Hildebrandt-Teilhabers überwiesen, der DDR-Bürger war. Damit konnte der Betrag nach den Vorschriften des Einigungsvertrages im Verhältnis 1 : 2 getauscht werden. Westbürger Hildebrandt aus Hildesheim hätte für drei Ost-Mark nur eine D-Mark erlöst. Die